

# PRESSEDIENST

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 11 + 13 - Kindertagesstätten

Dazu sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

**Monika Heinold:**

**Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)

**Nr. 245.07 / 06.06.2007**

Grüne

## **Herdprämie und Qualitätsabbau in der Kita:**

### **CDU und SPD auf dem Weg nach Vorgestern !**

Mit ihrem Entwurf der Kindertagesstättenverordnung hatte sich die Landesregierung einen deutlichen Qualitätsabbau in den Kindertagesstätten auf die Fahnen geschrieben. PISA schien wie weggeblasen. Es ging wieder einmal um den Abbau von pädagogischen Standards. Denn auch die geänderte Version der Kindertagesstättenverordnung, die gestern im Kabinett beschlossen wurde, macht nicht alles gut.

CDU und SPD, die bundesweit lautstark mehr Krippenplätze versprochen haben, haben festgestellt, dass dieses eine teure Angelegenheit ist. Deshalb will die Landesregierung mit der jetzt beschlossenen Verordnung zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren allein mit Bordmitteln schaffen. Die Kleinen sollen die Betreuung ihrer Altersgenossen mal eben mitfinanzieren. Kein Wunder, dass die Träger der Einrichtungen Sturm laufen und heute Morgen vor dem Landeshaus demonstrieren.

Die Anträge von FDP und Grünen fordern, dass die Landesregierung ihre neue Verordnung schleunigst überarbeitet. Dieser massive Druck hat letztendlich dazu geführt, dass die Landesregierung ihr Vorhaben in einigen Details überdacht hat. Schön, aber nur ein Teilerfolg für die Kindertagesstätten. Die Qualität der Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern in Kindertageseinrichtungen muss gestärkt werden. Das erreicht die neue Kitaverordnung nicht.

Die durch das Kabinett beschlossene Verordnung führt in der Praxis dazu, dass in den altersgemischten Gruppen deutlich mehr Kinder unter drei Jahren betreut werden als bisher. Allerdings auf Kosten der Qualität. Wie ist pädagogisches Arbeiten in einer Gruppe mit acht Kindern und drei und vier Kindern über drei Jahren wohl möglich? Vielen finanziell gebeutelten Kommunen wird diese Flexibilität entgegen kommen.

1/3

Der Druck, Betreuungsplätze für unter Dreijährige zu schaffen, ist durch das Tagesbetreuungsausbaugesetz und die aktuelle familienpolitische Debatte enorm gewachsen.

Wir müssen also davon ausgehen, dass die Kommunen jeden neuen Handlungsspielraum ausschöpfen, um Krippenplätze möglichst ohne Mehrkosten zu schaffen. In der Pressemitteilung vom 30. Mai kündigt der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände Jörg Bülow dies bereits an. Das ist aus Sicht derjenigen Kommunen, die sich noch immer nicht vom Raubzug der Landesregierung erholt haben, verständlich.

Aus bildungspolitischer Sicht ist ein Abbau von Qualität in der Kindertagesstätte aber nicht hinnehmbar. Die Landesregierung handelt verantwortungslos, wenn sie mit ihrer Kiltaverordnung den Qualitätsabbau geradezu provoziert.

Mit dem neuen Kindertagesstättengesetz sind die Anforderungen an die ErzieherInnen enorm gestiegen. Die Umsetzung der Bildungsleitlinien in den Einrichtungen kostet Zeit, Kraft und Engagement. Zusätzliches Personal, zusätzliches Geld, mehr Vorbereitungs- oder Teamzeiten hat es dafür aber nicht gegeben. Dennoch geben sich viele Einrichtungen, viele ErzieherInnen, große Mühe, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden.

Wer die Kitas in ihrem Alltag besucht, der sieht, dass Bereitschaft, Motivation, Engagement und Kompetenz vorhanden sind. Aber die Einrichtungen sind am Limit des Möglichen angekommen. Ohne mehr Personal können sie schlicht nicht noch mehr leisten. In einer Gruppe mit vier Wickelkindern und zwölf weiteren lebhaften Rabauken und sind alle überfordert. Wie soll es gelingen, hier eine individuelle Förderung sicher zu stellen? Wie sollen hier naturwissenschaftliche Experimente durchgeführt werden oder gemeinsam gekocht werden? Von Bildung und Erziehung kann bei allem Engagement nicht mehr die Rede sein.

Das ist der Weg zurück in die reine Aufbewahrung der fünfziger Jahre. Der Anspruch, alle Kinder optimal auf die Schule vorzubereiten, wird mit der neuen Verordnung unmöglich gemacht. Wer mehr Angebote für Kinder unter drei schaffen will, wer mehr Qualität und mehr Bildung will, der muss auch mehr Geld investieren. Deshalb haben wir ein Landesprogramm „Clever starten“ mit einem Volumen von zehn Millionen Euro gefordert und gegenfinanziert. Geld, das direkt in die Kitas fließen sollte. Abgelehnt.

Auf Bundesebene haben wir Grüne gemeinsam mit der SPD mit dem Tagesbetreuungsbaugesetz zum ersten Mal Vorgaben für den Ausbau von Krippen gesetzlich festgeschrieben. Jetzt muss auf Bundesebene ein schlüssiges Konzept für die Finanzierung erarbeitet werden, an dem sich Bund, Länder und Kommunen beteiligen.

Die GRÜNE Bundestagsfraktion hat bislang als Einzige ein konkret umsetzbares Modell für eine Beteiligung des Bundes an den laufenden Kosten vorgelegt: ein Geldleistungsgesetz in Form einer „Kitakarte“. Dieses Konzept wurde ein Jahr lang von der großen Koalition in Berlin ignoriert. Stattdessen pusteten VertreterInnen unterschiedlicher politischer Couleur ähnliche Begriffe in die Presse. Was dahinter steckt, weiß keiner genau.

Nach dem monatelangen Medientanz um die beste Familienpolitik brauchen Familien in Deutschland endlich Klarheit und Verbindlichkeit. Die Länder und Kommunen müssen sich darauf verlassen können, dass sie zu guter Letzt nicht die teure Suppe von Supernanny Ursula alleine auslöffeln müssen. Die Bundesfamilienministerin hilft Kindern und Familien wenig, wenn sie freundlich lächelnd von Talkshow zu Talkshow tourt und mun-

ter Versprechungen macht. Wer viel verspricht, der muss auch sagen, wie er das Versprochene umsetzen und bezahlen will. Genau das lässt Frau von der Leyen aber nach wie vor vermissen. Sie wird mit ihren Forderungen von der eigenen Partei im Regen stehen gelassen. Das ist Schönwetterpolitik ohne Hand und Fuß.

Den Höhepunkt setzte die Familienministerin mit der Akzeptanz der „Herdprämie“. Zukünftig werden Familien finanziell belohnt, wenn sie ihre Kinder nicht in die Krippe geben. Wie leichtgewichtig muss Frau sein, um sich von einer Minderheitspartei eine erzkonservative Krippenverhinderungsbewehrung aufkotzen zu lassen. Ein Modell, das Mütter vom Arbeitsmarkt fern hält, ist volkswirtschaftlicher Unsinn. Aus demographischer Sicht ist es unverantwortlich.

An die Kinder, welche oftmals in der Krippe große soziale Entwicklungssprünge machen, hat hier niemand gedacht.

Mit der Herdprämie schaffen CDU und SPD eine Situation, in der für Familien mit geringem Einkommen der Wiedereinstieg ins Erwerbsleben zum Verlustgeschäft wird. Sie verlieren die Prämie und müssen zusätzlich hohe Krippenbeiträge bezahlen. In Schleswig-Holstein monatlich bis zu 236 Euro für fünf Stunden Betreuung, bis zu 381 Euro für acht Stunden Betreuung am Tag. Alternative: Eltern gehen arbeiten und lassen ihre Kinder unbetreut oder schlecht betreut bei einer Nachbarin. Wird auch das mit 150 Euro belohnt? Welch ein Unsinn, wie unverantwortlich.

Wir fordern, dass sich der Schleswig-Holsteinische Landtag gegen diese Herdprämie ausspricht. Die Länder dürfen der Bundesregierung ein solch verantwortungsloses Konzept nicht durchgehen lassen. Schleswig-Holstein muss laut und deutlich Nein sagen! Wer Kinder optimal fördern will, muss das Leben mit Kindern fördern und nicht die Ehe. Wer sich für Gerechtigkeit einsetzt, muss eine Kindergrundsicherung für alle Kinder einführen und aufhören, besser verdienende Familien über Steuerfreibeträge zu bevorzugen. Wer Bildung in den Kindertagesstätten stärken will, muss dafür ausreichend Mittel bereitstellen.

Meine Damen und Herren,  
lassen sie uns heute gemeinsam das Richtige tun:  
Sagen Sie Nein zum Qualitätsabbau und Nein zur Kindertagesstättenverordnung.  
Sagen Sie Nein zum Sprung zurück in die fünfziger Jahre und nein zur Herdprämie.  
Sagen Sie ja zu mehr Geld für mehr Bildung.  
Stimmen Sie unserem Grünen Antrag zu!

\*\*\*